Datum: 26.11.2003

Az.: bo-ha

Beschlussvorlage – öffentlich -

	Beratungsfolge	Datum
1.	Haupt- und Finanzausschuss	10.12.2003
2.		
3.		
4.		

Betreff:

Einwohneranregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
hier: Verkehrssituation auf der Töddinghauser Straße zwischen der Kreuzung
Häupenweg/Weddinghofer Straße und dem Kreisel an der Erich-Ollenhauer-Straße

Bestandteile dieser Vorlage sind:

1. Das Deckblatt
2. Die Sachdarstellung und der Beschlussvorschlag
3. 1 Anlage

Der Bürgermeister In Vertretung Dr.-Ing. Peters Techn. Beigeordneter	
---	--

Amtsleiter Styrie	Sachbearbeiter Boden	Amtsleiter StA. 30 Roreger
--------------------------	-----------------------------	-----------------------------------

Sachdarstellung:

Mit Eingang 24. November 2003 hat Frau Martina Maresch, Töddinghauser Straße 119, einen Bürgerantrag zur Verkehrssituation auf der Töddinghauser Straße zwischen Kreuzung Häupenweg/Weddinghofer Straße und dem Kreisel an der Erich-Ollenhauer-Straße eingereicht. Dieser Antrag zählt ca. 122 Unterstützungsunterschriften.

Der Antrag wird gem. Gemeindeordnung als Einwohneranregung gem. § 24 GO NRW bewertet.

Frau Maresch beantragt verkehrslenkende Maßnahmen, die die Belästigung durch den Straßenverkehr für die Anwohner der Töddinghauser Straße auf ein erträgliches Maß reduzieren. Als Vorschlag für verkehrslenkende Maßnahmen wird der Ausbau der K 16 vorgeschlagen, darüber hinaus soll die Töddinghauser Straße für den Schwerlastverkehr gesperrt werden, damit die Verkehrsteilnehmer gezwungen werden, die K 16 als Zufahrtsstraße zu nutzen. Zusätzlich wird noch einmal auf die verkehrslenkenden Maßnahmen der Schering AG und an BAB-Ausfahrten hingewiesen.

Zu der Belastung auf der Töddinghauser Straße ist festzustellen, dass durch die Baumaßnahme in der Schulstraße sicher eine erhebliche Mehrbelastung durch die Verkehre auf der Töddinghauser Straße gegeben ist. Eine Sperrung der kommunalen Hauptverkehrsstraßen aber würde zu einer Verkehrsverdrängung führen, die sowohl aus verkehrlicher Sicht, städtebaulicher Sicht und wirtschaftlicher Sicht nicht praktikabel ist. Diese Sperrung einer Nord-Süd-Achse für den Lkw-Verkehr würde zu einer Verdrängung in andere Straßen führen; insbesondere in die angrenzenden Wohnbereiche. Sollte auch hier erneut gesperrt werden, bliebe letztendlich keine Straße in Bergkamen mehr für die Wirtschaftsverkehre übrig. Dabei stellt eine Sperrung aus verkehrlicher, städtebaulicher und wirtschaftlicher Sicht einen erheblichen Eingriff in das Mobilitätskonzept der Stadt Bergkamen dar.

Zur rechtlichen Bewertung der Sperrung wird auf die Drucksache Nr. 8/1941-00 verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst zu dem vorgelegten Antrag folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den zuständigen Straßenbaulastträgern (Straßen NRW, Kreis Unna), der Bezirksregierung und der Polizei den vorgelegten Antrag zur Sperrung zu beraten. Den politischen Gremien der Stadt Bergkamen ist Bericht zu erstatten

Der Antragstellerin ist Zwischennachricht zu geben.